

Informationsvorlage



Vorlage Nr.: 16-0922/1
erstellt am: 10.04.2008

Abteilung: Finanz- und Rechnungswesen
Verfasser/in: Goliash, Gerhard
Aktenzeichen: I-5/1

Berichts Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 22. März 2008 die Stellungnahme des Regierungspräsidiums zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2008 betreffend; hier: Beantwortung der Fragen des Berichts antrags

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Status	Zuständigkeit
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	11.04.2008	Ö	Kenntnisnahme

Erläuterung:

Die im Berichts Antrag gestellten Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Der RP hat festgestellt, dass trotz einer leichten Verbesserung der Finanzlage die finanzielle Leistungsfähigkeit sehr eingeschränkt sei. Dies wird von RP im Wesentlichen auf die Steigerung der Umlagen zurückgeführt. Teilt der KA diese Einschätzung und sieht der weitere Spielräume durch Erhöhung der Umlagen oder anderen einnahmerelevanten Bereichen?

Antwort:

Die Verbesserung der finanziellen Leistungsfähigkeit ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Umlagegrundlagen und den damit verbundenen Einnahmeverbesserungen zurückzuführen. Der Kreis partizipiert an dem wirtschaftlichen Aufschwung und den damit verbundenen Steuermehreinnahmen, die bei den Gemeinden bereits in den Vorjahren eingegangen sind. Darüber hinaus tragen auch die eigenen Anstrengungen, wie beispielsweise das Kreditportfoliomanagement und die haushaltswirtschaftliche Sperre, zu der Verbesserung bei.

Darüber hinaus prüft die Verwaltung, ob bei den einnahmerelevanten Bereichen weitere Steigerungen möglich sind. In diesem Zusammenhang verweise ich auf den Projektauftrag zum Aufbau eines zentralen Forderungsmanagement oder die Prüfung der Kostendeckungsgrade bei den Gebühren für das Revisionsamt oder die Baugenehmigungsgebühren.

Sofern sich die Konjunkturprognosen bestätigen, rechnen wir mit weiteren Verbesserungen bei den Umlagegrundlagen und damit verbundenen Mehreinnahmen (Hinweis auf Finanzplanung).

Umlageerhöhungen sind derzeit nicht vorgesehen.

2. Der RP hat die Erhöhung des Stellenplans um 9,5 Stellen und die dadurch entstandenen Mehrkosten von 300.000,-- Euro kritisiert. Er verweist dabei auf das im Oktober 2006 vom Kreistag beschlossene Konsolidierungsprogramm, das dazu im Widerspruch steht. Wie steht der KA zu dieser Kritik?

Antwort:

Der Kreis hat bei der Personalkonsolidierung von 2003 bis 2006 insgesamt 66,5 Stellen abgebaut. Die jährliche Einsparung beträgt rd. 3.2 Mio. Euro. Dieser Sachverhalt wurde auch vom RP Darmstadt in seiner Verfügung vom 19. Dez. 2006 im Zusammenhang mit der Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 festgestellt. Unter Ziffer III. führt er unter anderem aus:
„Die Personalkosteneinsparung werden entsprechend der Vorgaben des Konsolidierungskonzepts umgesetzt.“

Die im Stellenplan 2008 neu geschaffenen Stellen decken den zusätzlichen Bedarf im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Ganztagsangebote und des Wächteramts beim Jugendamt. Der RP hat bei seiner Aussage allerdings den Wegfall von 1,5 Stellen nicht berücksichtigt. Gegenüber dem Stellenplan 2007 weist der Stellenplan 2008 8 neue Stellen aus.

Der Mehrbedarf von 300.000,-- Euro beinhaltet auch die Besoldungserhöhung bei den Beamten, Stufensteigerungen, Weiterbeschäftigung von Auszubildenden. Der Kreisausschuss hat beim Personalbudget 300.000,-- Euro gesperrt. Die Abteilung Personalmanagement wurde aufgefordert bei der Bewirtschaftung der Personal- und Versorgungsaufwendungen diese Sperre zu berücksichtigen.

3. Der RP moniert, dass die freiwilligen Leistungen in zwei Jahren um 666.400,-- Euro angestiegen sind. Die insgesamt fast 3 Millionen Euro freiwillige Leistungen seien nicht vertretbar. Was will der KA tun, um hier das Rechnungsergebnis 2004 wieder zu erreichen, wie es der RP gefordert hat?

Antwort:

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 10. 03. 2008 eine haushaltswirtschaftliche Sperre von 650.000,-- Euro erlassen. Die mittelbewirtschaftenden Abteilungen sind aufgefordert, diese Vorgaben mit der Maßgabe zu beachten, dass die Freigabe der gesperrten Mittel nur in unabweisbaren Ausnahmefällen erfolgen kann.

Der Anteil der freiwilligen Leistungen beträgt ca. 1% der ordentlichen Aufwendungen im Gesamtergebnishaushalt und kann somit auch nur im geringen Umfang zur Konsolidierung beitragen.

4. Der RP kritisiert, dass beim Konsolidierungskonzept keine detaillierte Beschreibung von Sparmaßnahmen vorliegt, sondern lediglich Darstellung von Einnahmeverbesserungen, auf die der Kreis gar keinen Einfluss hat. Der RP vermisst Kürzungen von Ausgaben und selbst steuerbaren Einnahmeverbesserungen. Welche Sparmaßnahmen und Einnahmeverbesserungen sieht der KA konkret für die Konsolidierung des Kreishaushaltes?

Antwort:

Die Ausführungen des RP zum Haushaltskonsolidierungskonzept werden von uns nicht geteilt, zumal im Konzept nach unserer Auffassung auf die wichtigen Positionen eingegangen wurde. Wir werden das Haushaltskonsolidierungskonzept fortschreiben und künftig produktbezogen Konsolidierungspotenziale aufzeigen.

Der Bereich eigener steuerungsrelevanter Veränderungen ist, mit Ausnahme des Hebesatzes der Kreisumlage, allerdings beschränkt. So hat der RP selbst in seiner Haushaltsverfügung zum Nachtrag 2007 ausgeführt:

„Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts (neu Ergebnishaushalt) werden im Wesentlichen durch vom Kreis nicht beeinflussbare Faktoren bestimmt.“

Darunter fallen z.B.

- der Hebesatz der LWV-Umlage
- die Reduzierung der Beteiligung des Bundes bei den Kosten der Unterkunft
- die Verdopplung des Verwaltungskostenanteils
- die Steigerungen bei den Grundsicherungsleistungen im Alter, usw.

5. Der RP hat ein Kreditvolumen von 10,5 Millionen Euro genehmigt und damit 9,8 Millionen gekürzt. Welche Konsequenzen hat diese Entscheidung konkret auf die Investitionen des Kreises im Jahr 2008?

Antwort:

Im Kreishaushalt wurden Investitionen von rd. 2,0 Mio Euro gesperrt. Beim Eigenbetrieb „Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ kommt es durch eine höhere Schul-Baupauschale und durch Vermögensveräußerungen zu einem um rd. 4,0 Mio Euro geringeren Kreditbedarf.

Im Rahmen des Nachtrags zum Kreishaushalt und zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft Kreis bergstraße müssen Investitionen in Höhe von 3,8 Mio Euro auf die Folgejahre verlagert werden.

Da es sich bei den Investitionen des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße ausschließlich um Maßnahmen des genehmigten Schulentwicklungsplans handelt, wird erwartet, dass der RP auch die hierfür erforderlichen Kredite genehmigt..